



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Fall Lügde

Die Verbrechen von Lügde und die vielen Fehler der Behörden lassen Fachleute sowie Bürgerinnen und Bürger sprachlos werden. Aber auch das Verhalten der Opposition im Landtag ist im vorliegenden Fall mehr als kritisch zu bewerten und insbesondere die SPD nimmt hierbei eine zweifelhafte Rolle ein.

Der Fall des jahrelangen Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz im ostwestfälischen Lügde stellt ein abscheuliches Verbrechen zum Nachteil zahlreicher Kinder dar. Vermutlich werden viele die traumatischen Erlebnisse niemals ganz verarbeiten können. Es ist noch nicht einmal geklärt, dass sich die Ereignisse nur auf den Raum Lügde begrenzen. Vielmehr gibt es Hinweise, dass sich der Fall mindestens auch noch auf den Raum Thüringen ausweiten könnte.

Es ist beinahe unglaublich, dass eine Gruppe Männer über einen Zeitraum von beinahe zehn Jahren nahezu ungestört zahllose Kinder sexuell missbrauchen konnte.

Dass in diesem schwerwiegenden Fall ganz offensichtlich auch noch von zahlreichen Behörden und Verantwortungsträgern Fehler gemacht wurden, macht die ganze Angelegenheit schon für nicht unmittelbar betroffene Menschen unerträglich. Kaum ausdenken, wie sich Menschen fühlen müssen, die von den

grausamen Taten persönlich oder auch nur mittelbar betroffen sind. Daher ist es selbstverständlich, dass die gesamten Umstände der Taten aber auch der Verantwortlichkeiten von Polizei und Verwaltungsbehörden lückenlos aufgeklärt werden müssen. Am Ende des Prozesses muss sich erweisen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um derartige Fehler und Pannen nicht wieder entstehen zu lassen. Und diese sind dann auch rigoros umzusetzen.

Daneben wird man natürlich auch die Frage beantworten müssen, ob im Bereich der politischen Verantwortung Fehler gemacht wurden, die Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

Diese Verantwortlichkeiten können sehr vielschichtig sein und fordern eine Betrachtung aller Ebenen politischen Handelns.

Befremden kann insofern nur die Vorgehensweise der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen auslösen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Thomas Kutschaty, hat angekündigt, dass seine Fraktion einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einberufen möchte. Gleichlautend hatten sich auch die Grünen und die AfD geäußert.

Um einen derartigen Ausschuss einzuberufen, bedarf es der Zustimmung eines Fünftels der Abgeordneten des Landta-

ges. Die SPD könnte allein mit den Stimmen ihrer Fraktion bereits einen Untersuchungsausschuss beschließen. Man möchte aber nach Angaben von Herrn Kutschaty mit allen demokratischen Parteien im Landtag sprechen, um gegebenenfalls mit einer großen Mehrheit die Einberufung des Ausschusses abzusichern. Insofern ist letztlich zu erwarten, dass SPD und Grüne gemeinsam für die Einsetzung stimmen und so die Beteiligung der AfD unbedeutend werden lassen.

Dem frühen Antrag der AfD, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzuberufen, hatte die SPD abwehren können, weil sie darstellen konnte, dass ihr daran gelegen sei, erst die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen abschließen zu lassen. Erst dann wollte die SPD den Ausschuss implementieren.

Soviel zu den Rahmenbedingungen, die schon deutlich machen, dass es einer erheblichen Verrenkung und einer großen Portion politischen Bodenturmens bedurfte, um nicht geschlossen mit allen Oppositionsparteien an einem Strick ziehen zu müssen.

Interessanter als die Frage, wer verhält sich wie und wie gelingt es, den Innenminister unter Druck zu setzen, ohne mit der rechtspopulistischen AfD zusammenarbeiten zu müssen, scheint die Betrachtung und Bewertung der Hintergründe des gesamten Vorgehens.



© Fiegel

> Erich Rettinghaus bezieht klar Stellung zum Thema „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss“ und warnt davor, aus den Verbrechen gegen die Kinder politische Gewinne erzielen zu wollen.

Hierbei kann nicht ganz unbeachtet bleiben, dass sich die SPD im Rahmen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ausschließlich der Fehler der polizeilichen Ermittlungen sowie der politischen Verantwortung in diesem Zusammenhang widmen möchte.

Explizit ausgenommen hat der Fraktionsvorsitzende Thomas Kutschaty die Frage der Verantwortung der zuständigen Ordnungsbehörden (Jugendämter, ...).

In der Debatte im Landtag wurde dieses Vorgehen damit begründet, dass die SPD auf diese Weise verhindern möchte, dass die Opfer des Verbrechens im Untersuchungsausschuss aussagen müssen.

Diese Aussage klingt schon sehr skurril und lässt zweifeln, dass die SPD an echter Aufklä-

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel. 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpolg-nrw.de
ISSN 0723-1822



rung interessiert ist. Vielmehr keimt der Verdacht auf, dass die SPD durch ihr Vorgehen eigene Verantwortungsträger schonen und einen bislang ausgesprochen erfolgreich agierenden Innenminister loswerden möchte.

Begründen kann man diese These, wenn man sich anschaut, zu welchem Zeitpunkt die Polizei in die Aufklärung des Sachverhaltes eingetreten ist.

Nach allem was man bislang weiß, wurde bereits vor länger zurückliegender Zeit ein erster Hinweis auf Auffälligkeiten und Unregelmäßigkeiten an die Polizei durch Zeugen hergetragen. Der aufnehmende Beamte informierte sodann das zuständige Jugendamt, unterließ es aber eine Strafanzeige zu fertigen.

Hier wird deutlich, dass spätestens ab diesem Zeitpunkt das örtliche Jugendamt über erste Hinweise in Kenntnis gesetzt wurde. Das zuständige Jugendamt untersteht dem Landrat und dieser gehört der SPD an. Durch das Vorgehen der SPD würde also erreicht, dass die Frage der Verantwortung des örtlichen Landrats überhaupt nicht beleuchtet wird.

Stattdessen fokussiert sich alles auf die Polizeiarbeit, in welcher unbestritten sehr viele handwerkliche und kriminalistische Fehler gemacht wurden, die unbedingt aufgearbeitet gehören.

Schließlich kann es nur im Interesse aller sein, dass sich ein derartiger Fall nicht mehr wiederholen kann. Hierfür ist aber der von der SPD eingeschlagene Weg komplett falsch gewählt.

Die intensiven polizeilichen Ermittlungen wurden von der Polizei schließlich erst ab Ende

2018 aufgenommen, als von einer Zeugin der Verdacht des Kindesmissbrauchs gegen einen Tatverdächtigen bei der Polizei angezeigt wird.

Wie soll eine zukunftsorientierte Verhinderung derartiger Delikte möglich sein, wenn zahlreiche wichtige Informationen aus der Frühphase der begangenen Verbrechen überhaupt nicht erhoben werden? Der Ausschuss würde sich nach dem Willen der SPD inhaltlich mit seiner Arbeit ja erst als die Polizei in den Sachverhalt einsteigt auseinandersetzen.

Die Antwort ist ganz einfach und sie lässt die SPD in keinem guten Licht stehen: durch die Ergebnisse des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, wie ihn die SPD implementieren will, kann kein einziger Fall des Kindesmissbrauchs in der Zukunft verhindert werden.

Nur wenn lückenlos und ohne Rücksicht auf die politisch verantwortlichen Personen die Verantwortung aller Institutionen und Behörden auf den Prüfstand kommt, kann eine zukunftsgerichtete Strategie entwickelt und umgesetzt werden.

Hierbei sind Fragen des individuellen Fehlverhaltens genauso zu beleuchten wie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Behörden. Hierzu gehört auch, dass geltende gesetzliche Bestimmungen sowie bestehende Erlasse zur Zuständigkeit von Polizei und Ordnungsbehörden überprüft und auf strukturelle Fehler untersucht werden. Nur so kann es gelingen, Defizite zu ermitteln, die dazu beigetragen haben, die jahrelang begangenen Verbrechen zu begünstigen.

Bleibt zu klären, was die SPD mit dem Ausschuss denn nun wirklich beabsichtigt. Diese

Antwort liefert die SPD-Fraktion durch die Art der Argumentation in der parlamentarischen Debatte. Weder Thomas Kutschaty noch weitere an der Debatte beteiligte Abgeordnete der SPD haben einen Zweifel daran gelassen, dass der Innenminister persönlich verantwortlich für die Ermittlungsplannen sei. Insofern ist auch klar, welches Ziel die SPD verfolgt – der Innenminister soll weg.

Die SPD hat naturgemäß kein persönliches Interesse an einem erfolgreichen und sowohl bei den Mitarbeitern der Polizei als auch der Bevölkerung allgemein beliebten Minister, wenn dieser der CDU angehört. Das bedeutet aber nicht, dass daher jedes (auch noch so untaugliche) Mittel recht sein darf, diesen Minister loszuwerden.

Innenminister Herbert Reul hat deutlich gemacht, dass er mit einem Untersuchungsausschuss am allerwenigsten Probleme habe.

Warum sollte er auch? Herr Reul hat den Sachverhalt nicht nur auf der verbalen Ebene zur Chefsache erklärt. Es war seine persönliche Entscheidung, einen Sonderermittler zur Erhebung von Unregelmäßigkeiten in der Polizeiarbeit nach Lügde zu entsenden.

Darüber hinaus entschied er persönlich, eine Stabsdienststelle „Kindesmissbrauch“ einzurichten, die unmittelbar dem Innenminister unterstellt ist. Die Aufgabe der Stelle, deren Leiter Kriminaldirektor Ingo Wunsch ist, liegt darin, struk-

turelle Defizite bei den Ermittlungen systematisch aufarbeiten und Vorschläge zu machen, wie Kinderpornografie und sexueller Missbrauch von Kindern zukünftig effektiver bekämpft werden können.

Die Regierungsparteien von CDU und FDP erkannten den politischen Winkelzug der SPD und haben ihrerseits einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, getragen von allen Fraktionen, eingefordert. Da CDU und FDP in der Angelegenheit die gleiche kritische Haltung zu den einseitigen Ermittlungen haben wie sie auch die DPoIG schon frühzeitig geäußert hat, beinhaltet der Antrag der Regierungsparteien eine Aufarbeitung auf allen Ebenen.

Die SPD muss sich fragen, welche Rolle sie in der Opposition einnehmen will. Ist ihr daran gelegen, ausschließlich destruktiv gegen die Regierung zu arbeiten? Im Falle der Verabschiedung des Polizeigesetzes, welches die SPD-Fraktion durch ihre Stimmen mit den Regierungsparteien verabschiedet hat, wurde von der Partei doch dokumentiert, dass sie staatspolitische Verantwortung übernehmen kann und will. Die Fraktion ist gut beraten, den nun eingeschlagenen Weg nochmal zu überdenken und sich dem Angebot der Regierungsparteien, einen von allen Fraktionen einberufenen PUA, der sich der Aufklärung ganzheitlich widmet, anzuschließen. Alles andere wäre insbesondere mit Blick auf die Opfer und deren Angehörigen eine nicht hinzunehmende politische Fehlleistung. ■



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Erich Rettinghaus trifft NRW-Justizminister Biesenbach

DPoIG setzt auf politische Arbeit auch außerhalb des Kernbereichs der Innenpolitik und baut auf Zusammenarbeit mit dem Justizministerium.

Durch ein Treffen mit Justizminister Peter Biesenbach (CDU) dokumentierte Erich Rettinghaus die Haltung der DPoIG NRW zu zentralen Fragen erfolgreicher Sicherheitspolitik. Denn für den Vorsitzenden der DPoIG NRW ist klar, dass Sicherheitspolitik nicht an den Grenzen des Innenministeriums endet.

➤ Bekämpfung von Organisierter Kriminalität (OK) und Clankriminalität verlangt interdisziplinäres Vorgehen

Eine Vernetzung der Bereiche Inneres und Justiz aber auch anderer Ministerien von Verkehr über Bildung und Erziehung machen deutlich, dass die DPoIG das immer wieder in politischen Debatten angeführte Credo der „gesamtge-

sellschaftlichen Aufgabe“ auch in der unmittelbaren sicherheitspolitischen Aufgabenwahrnehmung aktiv vorantreibt.

Erich Rettinghaus vertritt die klare Haltung, dass alle Felder, welche in der öffentlichen Sicherheit eine Bedeutung haben, auch von der DPoIG bearbeitet werden müssen.

So gab es mit dem CDU-Justizminister einen ersten Austausch über Felder, die der DPoIG schon lange wichtig sind und die unbedingt in Bewegung kommen müssen, wenn nachhaltige Erfolge im Bereich wichtiger Kriminalitätsfelder wie der „Bekämpfung der Clankriminalität“ sowie allgemein in der Organisierten Kriminalität erzielt werden sollen.

Die DPoIG sieht die genannten Bereiche als zentrale Faktoren für eine erfolgreiche Arbeit in der inneren Sicherheit insgesamt. Und gerade die Felder OK und Clankriminalität machen deutlich, dass die Polizei in der heutigen Zeit die Herausforderungen nicht mehr allein bewältigen kann.

Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen, welche durch das Justizministerium gesetzt werden müssen, bedarf es der Zusammenarbeit zahlreicher Behörden und Institutionen, um den Problemen nachhaltig und von der Wurzel an begegnen zu können. Will man strukturelle Veränderungen, muss man auf allen Sektoren viel enger zusammenarbeiten. Polizei, Justiz, Jugendämter, Zoll, Gewerbeaufsicht, Schulen – um nur einige Bereiche zu nennen, müssen in Zukunft noch viel besser und enger kooperieren.

➤ NRW muss vorangehen

Und es ist klar, dass die Initiativen hierzu aus Nordrhein-Westfalen kommen müssen. Gerade in den Ballungsräumen unseres Landes haben sich Kriminalitäts-Hotspots entwickelt, welche andere Bundesländer aufgrund ihrer örtlichen Strukturen nicht einmal erahnen können.

Daher erwartet die DPoIG von der Landesregierung zahlreiche Impulse, die auch bundesweit Wirkung entfalten müssen. Schließlich wäre es fatal, wenn NRW durch seine Aktivitäten gegen die Organisierte Kriminalität sowie die Clankriminalität

in diesen Bereichen Erfolge verzeichnen kann und die betroffenen Gruppierungen ihr Handeln und ihre Geschäftsfelder sodann einfach in andere Bundesländer verlagern. Die Bekämpfung ist daher nicht auf Verdrängung, sondern auf Beendigung der Aktivitäten auszurichten!

➤ Beweislastumkehr muss in StPO implementiert werden

Und hier hat die DPoIG auch eine klare Position in Richtung Justizministerium formuliert.

Insbesondere bei der wichtigen Frage der Vermögensabschöpfung im Bereich der Strafverfolgung, bedarf es nach Auffassung der DPoIG NRW der Beweislastumkehr. Dieses Instrument wird in vielen Ländern Europas bereits erfolgreich eingesetzt. Die dringend Tatverdächtigen (und nur die) müssen gezwungen werden, im Strafverfahren ihre Vermögensbestandteile offenzulegen. Ohne Abschöpfung der illegal erworbenen Finanzmittel wird man weder der Organisierten Kriminalität noch der Clankriminalität Herr werden. Die Tatsache, dass diese Erkenntnis auch von der SPD-Fraktion bei der Debatte im Landtag von NRW geäußert wurde, nährt die Hoffnung, dass hier endlich Bewegung in die Angelegenheit kommt.

Bislang ist leider zu beobachten, dass mit großem Aufwand Ermittlungen betrieben werden, welche oftmals auch die Beschlagnahme von Vermögensgegenständen nach sich ziehen. Momentan sieht es aber nahezu immer so aus, dass anschließend die Rückgabe erfolgen muss. Hier wird deutlich, in welchem Dilemma der Staat steckt. Derartige Prozesse schwächen die kriminellen Strukturen nicht. Stattdessen wird das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat und seine Institutionen beeinträchtigt.



➤ Im Rahmen des Austauschs zwischen dem NRW-Justizminister Peter Biesenbach (rechts) und dem Landesvorsitzenden der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, wurde schnell klar, dass es viele Schnittmengen zwischen innerer Sicherheit und dem Justizministerium gibt.

Gerade weil andere europäische Länder (unter anderem auch die Niederlande) bereits von dem Instrument der Beweislastumkehr Gebrauch machen, muss in Deutschland unbedingt verhindert werden, dass begünstigende Strukturen dafür sorgen, dass sich weitere Banden und Clans ansiedeln – einfach ausgedrückt bedeutet dies, dass alles getan werden muss, dass man nicht „das Eldorado“ der Organisierten Kriminalität in Europa schlechthin wird. Und gerade NRW bietet hier wegen der Ballungsräume und der vielen potenziellen

Betätigungsfelder ohnehin exzellente Bedingungen. Die DPoIG NRW wünscht sich daher seitens des NRW-Justizministeriums eine Bundesratsinitiative für das Instrument der Beweislastumkehr und entsprechende Implementierung in der StPO.

► **Engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz – Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften**

Es bedarf aber nicht nur gesetzlicher Veränderungen.

Auch die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei muss zielgenauer ausgerichtet sein. Diese Erkenntnis ist nicht neu – schon in anderen Feldern wie zum Beispiel der Bekämpfung der Jugendkriminalität hat man erkannt, dass die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die sehr eng mit der Polizei im entsprechenden Phänomenbereich zusammenarbeiten, einen Schlüssel für die erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung darstellen. Diese Erfahrungen muss man auch flächende-

ckend auf die gegenwärtigen Herausforderungen übertragen.

Erich Rettinghaus bekundete, dass sich die DPoIG in der nächsten Zeit intensiv mit der ganzheitlichen Bekämpfung von OK und Clankriminalität auseinandersetzen und dazu weitere interdisziplinäre Gespräche mit verschiedenen Partnern führen wird. Die Redaktion des POLIZEISPIEGELS wird die Gespräche aktiv begleiten und darüber berichten. ■

DPoIG-Landesverband NRW unterstützt Bienenprojekt im Naturraum Therapie im bayerischen Lenggries

Ein Beitrag von Michael Martin

Am 15. April 2018 durfte ich mit vielen freiwilligen Helfern an dem Projekt „Therapieraum Natur“ für die Stiftung der DPoIG im bayrischen Lenggries teilnehmen. In einem einwöchigen Arbeitseinsatz wurden damals 1.100 Bäume und Sträucher gepflanzt (siehe Heft 5/2018, Seite 8). Eine tolle Idee, aus einer Monokultur von Tannen und Fichten einen blühenden Lebensraum zu schaffen. Als ich

damals sah, was dort entstehen sollte, kam mir als Hobby-Imker die Idee, der Stiftung zwei Bienenvölker zu schenken, die die Bestäubung der jungen Pflanzen sicherstellen sollten. Der Vorsitzende der Stiftung, Bernd Jochem, war sofort begeistert, unterstützte mein Ansinnen und ließ einen Bienenunterstand bauen. Da ein solches Vorhaben mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist,



► Freuen sich gemeinsam über die erfolgreiche Ansiedlung der Bienen: Wolfgang Orscheschek, Erich Rettinghaus (beide LV NRW), Sascha Kopp (KV Rhein-Sieg-Kreis), Michael Martin (Imker und Initiator der Maßnahme (von links))



► Erich Rettinghaus begutachtet die Bienen, welche nach langer Reise, mit Unterstützung der DPoIG NRW an ihren Bestimmungsort verbracht wurden.

trat ich an den Landesverband NRW heran und fragte an, die Kosten für die Beuten, so nennt man die Bienenbehausungen, zu übernehmen. Erich Rettinghaus war sofort einverstanden und sagte die Kostenübernahme von über 700 Euro für drei Beuten plus Ausrüstung zu.

Am 27. März 2019 war es dann endlich soweit. Erich Rettinghaus und Wolfgang Orscheschek übergaben mir im Beisein des Kreisvorsitzenden des KV Siegburg an meinem Bienenstand drei Beuten. Gemein-

sam wurden die zwei Bienenvölker, die ich letztes Jahr als sogenannte Ableger erstellt und gepflegt habe, in die neuen Behausungen „umgehängt“. Der Respekt war groß bei meinen Gästen. Doch schnell war klar, es handelt sich um sehr sanftmütige Insekten.

Am 25. April 2019 ging die Reise dann los. Um drei Uhr nachts, bei ungemütlichen Außentemperaturen, mit Sitzheizung und mit teils geöffneten Fenstern fuhr ich mit den Völkern in das etwa 650 Kilometer



entfernte Fall bei Lenggries. Die kühlen Temperaturen kamen uns entgegen, denn eine solche Reise bedeutet für die Tiere viel Stress und der sollte so gering wie möglich sein. Gegen zehn Uhr erreichten wir dann den neuen Standort und ich konnte die Völker an einen

strahlenden Berend Jochem übergeben.

Im Mai werde ich dann aus den zwei Völkern ein drittes erstellen, sodass auch die letzte Beute mit Leben gefüllt wird und im nächsten Jahr drei Wirtschaftsvölker für bis zu 60 Kilo-

gramm Honig sorgen. Übrigens: So ein Volk hat Mitte Juni circa 40 000 bis 60 000 Individuen. Und die brauchen Futter. Die Rahmenbedingungen sind gut. Die meisten der Pflanzen sind angegangen und haben den ersten Winter schadlos überstanden.

Der „Therapieraum Natur“ ist ein tolles, soziales Projekt. Von Kollegen für Kollegen, die im Dienst verletzt wurden. Und das hat die DPoIG auch mit den Bienen gemein. Wir sind sozial und engagiert. Und wenn es sein muss, wird gestochen. ■

Kreisverbandsvorsitzenden-(KVV-)Konferenzen in Kalkar

Vorsitzende der DPoIG-Kreisverbände treffen sich zum jährlichen Austausch und diskutieren intensiv über Aktivitäten der DPoIG, aber auch über erforderliche Veränderungen in der Verbandsarbeit.

Dem Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus war es wichtig, in diesem Jahr so viele Kreisverbandsvorsitzende wie möglich im Rahmen der KVV-Konferenzen zu erreichen.

► Beteiligung der Kreisverbände sehr wichtig

Daher bot der Landesverband zwei verschiedene Termine an. Tatsächlich gelang es auf diese Weise, Vertreter beinahe aller Kreisverbände in Kalkar zu begrüßen.

Das war auch notwendig, denn dem Landesverband ist daran gelegen, den persönlichen Austausch in Verbandsfragen zu pflegen.

Gerade in diesem Jahr stehen für die DPoIG zahlreiche wichtige Entscheidungen an. Da ist es besonders wichtig, die Spre-

cher und Verantwortlichen der zahlreichen Kreisverbände unmittelbar in die Entscheidungen einzubeziehen und wichtige Diskussionen zu führen.

► Der Landesvorsitzende berichtet über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landeskongresses

Um einen Überblick über die vielen Aktivitäten der DPoIG auf Landesverbandsebene zu geben, berichtete Erich Rettinghaus den Kreisverbandsvorsitzenden intensiv über die vielen Initiativen der DPoIG NRW im politischen Umfeld. Hierbei verwies er auf die vielen bereits umgesetzten oder gerade in der Umsetzung befindlichen Beschlüsse des letzten Landeskongresses der DPoIG NRW.

Er machte hierbei deutlich, dass insbesondere durch die

gegenwärtige Landesregierung sehr viel Bewegung in die Umsetzung zahlreicher DPoIG-Positionen gekommen sei. Die Zusammenarbeit mit der Landesregierung bezeichnete der Landesvorsitzende daher auch als ausgesprochen konstruktiv.

So führte Erich Rettinghaus die positiven Entwicklungen bezüglich der Ausstattung, wie ballistische Helme, Schutzwesten, Beschaffung neuer Einsatzfahrzeuge sowie die taktischen Westen, beispielhaft an. Ebenso positiv bewertete Erich Rettinghaus die Novelle des Polizeigesetzes und auch den positiven Prozess der Einführung des Gesetzes. Schließlich war es der Regierung gelungen, auch die oppositionelle SPD zu überzeugen, dem Gesetzesentwurf zuzustimmen – ein durchaus wichtiges Signal. Bemerkenswert war hierbei, dass es zwei Expertenanhörungen gegeben hat und dass tatsächlich auf viele Hinweise der Experten (darunter auch die DPoIG) gehört wurde – das hat es nicht immer gegeben.

► Viel erreicht, aber auch noch viel zu tun

Ein wichtiges Etappenziel sei auch bei der Einführung der

Distanzelektroimpulsgeräte erreicht, weil diese nun im Polizeigesetz NRW als Waffen verankert sind, bekundete Erich Rettinghaus und führte aber sogleich an, dass man bei der Einführung der Geräte noch keineswegs weitergekommen sei. Man setze seitens der Landesregierung auf eine Expertenrunde, statt auf die Erfahrungen, die in anderen Bundesländern und bei der Bundespolizei längst gemacht wurden. Hier könnte man definitiv weiter sein und endlich mindestens ein Pilotprojekt starten. Und so machte Erich Rettinghaus deutlich, dass noch sehr viel Arbeit für die DPoIG zu leisten sei, um zum Beispiel auch die Langzeitarbeitszeitkonten zu einem positiven Abschluss zu bringen. Auf diese wartet man seitens der Mitarbeiter schon so lange und sie hätten längst als Pilot gestartet sein sollen. Ebenso wenig Bewegung kommt in den vielschichtigen Themenkomplex der Erschwerniszulagen. Weder der Dienst zu ungünstigen Zeiten noch die Polizeizulage als auch eine BP-Zulage sind über das Stadium der Diskussion hinausgekommen. Die bislang gewährten Zulagen entsprechen nicht ansatzweise den Belastungen,



© DPoIG NRW

► Intensive Diskussionen über vielfältige Themen – die Kreisverbandsvorsitzenden-Konferenzen in Kalkar boten viel Raum für wichtige Dialoge.

welche die Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst ausgesetzt sind. Wer schon Gesundheitsgefahren durch die Dienstverrichtung eingehen muss, hat auch einen Anspruch, zumindest eine angemessene finanzielle Entschädigung hierfür zu erhalten, äußerte Erich Rettinghaus gegenüber den Kreisvorsitzenden. Man werde diese Themen auf jeden Fall weiter mit Nachdruck verfolgen und spätestens im Rahmen der Diskussionen rund um eine Dienstrechtsreform muss Bewegung in die Sache kommen.

Nachdem der Landesvorsitzende umfangreich über die Arbeit des DPolG-Landesverbandes referiert hat und die Gelegenheit zur Aussprache genutzt

wurde, berichtete Erich Rettinghaus über tagesaktuelle politische Aspekte, die unmittelbare Auswirkungen auf die polizeiliche Arbeit haben.

► **Besoldungsrunde ein großer Erfolg**

Hier bezog Erich Rettinghaus Stellung zum Tarifiergebnis und zur Tatsache, dass die Landesregierung die vollständige Übertragung auf die Beamtensbesoldung zugesagt habe. Die Ankündigung müsse nun in ein Besoldungsgesetz überführt werden, welches den parlamentarischen Weg nehmen müsse. Erich Rettinghaus bestätigte hierbei, dass man derzeit in Gesprächen mit der Landesregierung versuche, Abschlagszahlungen zu vereinba-

ren, um die Erhöhungen zeitnah bei den Mitarbeitern wirken zu lassen. (Anmerkung der Redaktion: die Abschlagszahlungen wurden inzwischen gewährt, sodass diese Initiative Erfolg hatte.)

► **Satzungsänderung ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit der DPolG NRW**

Die Tagesordnung sah nun einen Wechsel zu verbandsinternen Themen vor, sodass ausgiebig über einen neuen Satzungsentwurf diskutiert wurde, der Bestandteil der nächsten Beratungen des Landeskongresses im Jahr 2020 sein wird. Der Satzungsentwurf wurde zuvor bereits mit Änderungen vom Landesvorstand und

vom Landesausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Zielsetzung besteht unter anderem darin, die Kreisverbände durch Satzungsänderung noch stärker an den Landesverband anzubinden und so den Informationsaustausch effektiver zu gestalten.

Ebenso wurde über die aktuelle Werbeaktion und deren positive Wirkung sowie über die Haushaltsplanung und Haushaltsführung des DPolG-Landesverbandes diskutiert.

Am Ende gingen zwei sehr intensive und erfolgreiche KVV-Konferenzen zu Ende, die auch die Gelegenheit des Austausches außerhalb jeglicher Tagesordnung ermöglicht haben. ■

Der Kreisverband Köln lädt zur Jahreshauptversammlung

Neuer Vorstand wird einstimmig gewählt.

Am 2. Mai 2019 lud der Vorstand des Kreisverbandes Köln seine Mitglieder in das Gasthaus Scherz in Köln-Sülz zur Jahreshauptversammlung ein.

Zur Eröffnung der Jahreshauptversammlung dankte der Vorsitzende Thomas Pfeifer den Vor-

standsmitgliedern, Beisitzern und allen, die sich im letzten Jahr positiv in die Arbeit des Kreisverbandes Köln eingebracht haben.

Im Rahmen einer Schweigeminute wurde anschließend der verstorbenen Mitglieder gedacht.

Die Finanzlage des Kreisverbandes wurde in Form des Kassenberichtes vorgestellt. Hier bleibt festzuhalten, dass der Kreisverband Köln von den Kassenprüfern des Landesverbandes ausdrücklich positiv hervorgehoben wurde.

Es folgte der Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Hier wurde durch Thomas Pfeifer berichtet, dass diverse Beratungsgespräche in Sachen Beurteilung, Disziplinarverfahren und Stellenbesetzungsverfahren geführt wurden. In diesem Zusammenhang war insbesondere das Themengebiet des Bezirks- und Schwerpunktdienstes (BSD) hervorzuheben, da dieser in jüngster Vergangenheit immer mehr in den Bereich der Einsatzbewältigung eingebunden wird, was zu ei-

ner übermäßigen Arbeitsbelastung der Kollegen im BSD führt.

Durch den bisherigen Beisitzer im Vorstand (Eigensicherung/Gewalt PVB), Marco Kurth, wurde im Anschluss die unvollständige Auslieferung der Überziehwesten bemängelt. Das Fehlen der sogenannten „Schockabsorber“, die im Traageversuch noch vorhanden waren, wurde den anwesenden Mitgliedern detailliert erörtert.

Weiterhin wurden Probleme bei der Einführung von VIVA berichtet. Diese Thematik wird vom DPolG-KV Köln genau beobachtet, kann jedoch auf Kreisebene kaum gelöst werden.

Der Seniorenbeauftragte und Ehrenmitglied der DPolG NRW, Klaus Grützemann, gab den Mitgliedern noch einen informativen Einblick in die aktuelle Landesarbeit der DPolG.

Anschließend wurde der bisherige Vorstand entlastet und turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt.



► Der neue Vorstand des KV Köln geht mit großem Engagement und mit vollem Vertrauen der Mitglieder des Kreisverbandes in die neue Amtszeit.



Vorab erwähnt werden sollte, dass der bisherige Kreisvorsitzende Thomas Pfeifer mitteilte, dass er gerne vom Amt des Vorsitzenden in das des Stellvertreters wechseln wolle. Als neuer Vorsitzender des Kreisverbandes schlug Thomas Pfeifer den bisherigen Stellvertreter Andreas Schulten vor, der dann auch von den anwesenden Mitgliedern einstimmig gewählt wurde.

Die Wahl des Vorstandes im Einzelnen:

- **Vorsitzender:**
Andreas Schulten
- **Erster Stellvertreter:**
Thomas Pfeifer
- **Stellvertreter:** **Torsten Klein**
- **Stellvertreterin:**
Jessica Klusczyk
- **Stellvertreter:** **Marco Kurth**

Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen gewählt. Dies ist Ausdruck des großen Vertrauens der anwesenden Mitglieder in die Arbeit des bisherigen Vorstandes. Da-

für bedankte sich der gewählte Vorstand sehr herzlich und verband dies mit dem Versprechen, auch in Zukunft das Beste für die Mitglieder des Kreisverbandes zu geben! Die Rechtsschutzbeauftragten Manfred Niehuis und Tom Kneier sowie der Pensionär-Beauftragte Klaus Grützemann nehmen ihre Aufgaben weiterhin wahr.

Zum Abschluss wurde durch das Gasthaus Scherz noch das Essen serviert, welches wie gewohnt außergewöhnlich gut

war und von den Anwesenden sehr gelobt wurde. An dieser Stelle bedankt sich der Vorstand beim Gasthaus Scherz für die reibungslose Zusammenarbeit und die Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Abschließend bleibt festzustellen, dass es sich um eine rundum gelungene und harmonische Veranstaltung handelte. Die Themenbereiche BSD Beamte im Bereich EB und die Schockabsorber in den Überziehwesten liegen uns besonders am Herzen. ■

Gemeinsam sind wir stark – kreisverbandsübergreifendes Tagesseminar mit erfolgreicher Premiere

Mehrere ostwestfälische DPoIG-Kreisverbände schließen sich zur Durchführung eines Tagesseminars zusammen – möglicherweise ist das Vorgehen eine Blaupause für andere Kreisverbände.

Es ist inzwischen eine gute und wichtige Tradition auf örtlicher Ebene, einmal im Jahr zu einem Seminar mit aktuellen Themen zusammenzukommen. In diesem Jahr wurden im ostwestfälischen Raum neue Wege beschritten. Als Pilotprojekt haben sich die Kreisverbände Soest, Hochsauerlandkreis und Paderborn für die Durchführung eines gemeinsamen Seminars zusammengeschlossen – der Erfolg spricht für sich.

Mit dem Thema „**Polizei als Garant für Sicherheit und**

Schutz – wie sind wir geschützt?“ konnten sich die Initiatoren über eine große Resonanz freuen. Alle Teilnehmerplätze wurden ausgeschöpft und der ausgewählte Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Dies lag neben dem breit gefächerten Thema sicherlich auch an den eingeladenen Referenten.

Zum einen konnte der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, als Vortragender gewonnen werden. Erich Rettinghaus berichtete

sowohl über die Umsetzung vieler DPoIG-Forderungen in der aktuellen Legislaturperiode, aber auch über noch zu erreichende Verbesserungen mit zahlreichen Ausblicken in die Zukunft. Zum anderen referierte der Landtagsabgeordnete Jörg Blöming über aktuelle Problemstellungen zum Schutz der Sicherheitskräfte des Landes aus Sicht der Politik. Der CDU-Politiker konnte darüber hinaus über seine spannenden und zahlreichen Erfahrungen als Abgeordneter in seiner ersten Wahlperiode berichten.

Jörg Blöming gehört unter anderem dem Verkehrsausschuss sowie dem Haushaltsausschuss des Landtags an und ist darüber hinaus stellvertretendes Mitglied der Ausschüsse für Schule und Bildung sowie für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im Kontrollgremium des Landtages gemäß § 23 Verfassungsschutzgesetz NRW. Die Thematik des Seminars konnte durch die Wahl der Referenten in Verbindung mit den Teilnehmern sowohl aus fachpraktischer als auch politischer Betrachtungsweise beleuchtet werden. Eine intensive Diskussion und Aussprache der Teilnehmer bereicherte offenkundig alle Seiten, denn beide Referenten konnten durch die gewählte Veranstaltungsform sehr viele persönliche und fachliche Ansichten der „Basis“ für die zukünftige Arbeit mitnehmen,

➤ Erich Rettinghaus brachte das neue Betreuungsfahrzeug der DPoIG NRW mit zur Veranstaltung, wo es von den Teilnehmern sogleich intensiv inspiziert wurde. Zukünftig steht es für Veranstaltungen der Gliederungen zur Verfügung.





während die Teilnehmer einen Einblick in die politische Dimension des Themas erhielten. Als dritter Referent konnte noch ein Experte der Versicherungswirtschaft gewonnen werden, der neutral über die Wichtigkeit und Möglichkeiten der persönlichen Absicherung berichtete. Hierbei wurde deutlich, welche Bedeutung eine gute Absicherung für Polizeibeschäftigte hat, denn es handelt sich zweifelsohne um ein gefahren geneigtes Berufsfeld, das mit immer größer werdenden Risiken zurechtkommen muss.

Als Tagungsort wurde das IPA Polizeimuseum gewählt. Dazu gilt der Dank besonders Felix Hoffmann, der diese Tagung im Museum ermöglichte.

Im Rahmen eines besonderen Höhepunktes ließ es sich Erich

Rettinghaus nicht nehmen, persönlich das Mitglied Wolfgang Michel für seine 50-jährige Mitgliedschaft zu ehren. Der Landesvorsitzende bedankte sich bei ihm für die geleistete Arbeit und für seine über die Pensionierung hinausgehende Treue zur DPoIG. Wolfgang Michel war über Jahrzehnte in seiner aktiven Dienstzeit Mitglied im Kreisverbandsvorstand und darüber hinaus Mitglied im örtlichen Personalrat.

Erich Rettinghaus stellte auch das erste DPoIG-Fahrzeug des Landesverbandes vor. Dieser Kleinbus steht nun landesweit zur Einsatz- und Mitgliederbetreuung zur Verfügung und dient natürlich auch als Aushängeschild, das die Präsenz der DPoIG vor Ort untermauert, wo immer das Fahrzeug auftaucht.

> Richtig eingruppiert!?

Tarifseminar in Königswinter mit viel Informationen

Viele Fragen rund um das Thema Eingruppierung und weitere für den Tarifbereich relevante Fragen stellten sich interessierte „Tarifler“ unter der Leitung der Landestarifbeauftragten Cornelia Doerne- mann und des Referenten Marc-Oliver Steuernagel in der Zeit vom 7. bis 9. Mai 2019 in der dbb Akademie in Königswinter-Thomasberg. Und jede dieser Fragen sollte beantwortet werden.

Anhand von Beispielen wurden Stellenbeschreibungen und Arbeitsvorgänge gebildet, die als Grundlage der Eingruppierung dienen. Dabei kamen dann doch teilweise sehr unterschiedliche Ergebnisse heraus.

Alle Teilnehmer waren sich nach den drei Tagen einig: die Entgeltordnung zum TV-L und die Eingruppierung sind große Felder, welche es gilt zu beackern. Es kommt vor Ort viel Arbeit auf alle zu.

Mit vielen Eindrücken für diese wichtige Arbeit vor Ort bereichert, verließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zufrieden die Veranstaltung, die auch in Zukunft zum festen Bestandteil des Fortbildungsprogramms der DPoIG NRW gehören wird.



> Teilnehmer und Dozenten erlebten ein spannendes und gehaltvolles Seminar. Neben der Bearbeitung von Fragen rund um das Tarifrecht gab es auch Raum zum persönlichen Austausch.

Jahreshauptversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft KV Coesfeld

Gut besuchte Jahreshauptversammlung mit tollem und ungewöhnlichem Ausklang.

Die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Coesfeld fand in diesem Jahr im Hotel Zur Post in Lüdinghausen statt.

In einem ausführlichen Bericht ließ der Vorsitzende Thaddäus Wichmann das vergangene Jahr noch einmal Revue passieren. Insbesondere ging er auf die steigende Zahl der Rechtsschutzgewährungen aber auch Regressforderungen durch die Behörde ein.

Hier bedankte er sich ausdrücklich bei den Rechtsschutzbearbeitern Manfred Rode und Enno Adam, aber insbesondere auch für die sehr schnelle

Rechtsschutzzusage des Landesverbandes und die vorbildliche Betreuung durch das DBB Dienstleistungszentrum.

Die Mitglieder dankten dem gesamten Vorstand für die geleistete Arbeit und entlasteten den Vorstand einstimmig.

Eine der schönsten Pflichten ist es für einen Vorsitzenden, so Thaddäus Wichmann, lange und treu verbundene Mitglieder zu ehren, hier ist insbesondere die 40-jährige Mitgliedschaft von Volker Ruppel sowie die 25-jährige Mitgliedschaft des Kassierers Dietmar Spatzier zu erwähnen.

Stolz ist Thaddäus Wichmann auch auf die steigenden Mitgliederzahlen des Kreisverbandes Coesfeld, der auch an diesem Abend noch ein weiteres Mitglied in die DPoIG aufnahm.

Nicht zuletzt hob Thaddäus Wichmann noch die enge Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden Borken und Münster heraus und bedankte sich ausdrücklich bei Andreas

Middrup und Michael Habeck für die geleistete Arbeit im Bereich der Kreisverbandsseminare und der Präsenz an der Fachhochschule.

Die Jahreshauptversammlung fand ihren Höhepunkt in der zweistündigen Stadtführung durch den Nachtwächter Christoph Davids.

Christoph Davids unterhielt die Gruppe mit tollen Anekdoten, Lüdinghauser Lokalkolorit, aber machte auch auf manche Bausünde aufmerksam.

Dass er ein Kenner der Lüdinghauser Szene ist, zeigte sich insbesondere darin, dass er auch die tollen Innenausbauten mancher Kneipe vorstellte.

> Im Anschluss an die JHV begab man sich auf eine interessante Stadtführung – eine tolle Idee des Vorstandes.

